

NEUANFANG STATT NEUGRÜNDUNG

HONDURAS NACH DEN WAHLEN

Annette Schwarzbauer

Aufatmen in Honduras: Befürchtungen, in dem mittel-amerikanischen Land mit der höchsten Mordrate weltweit könne es am Wahltag zu Ausschreitungen kommen, haben sich nicht bestätigt. Die Präsidentschafts-, Kongress- und Kommunalwahlen am 24. November 2013 verliefen friedlich, transparent und mit unerwartet hoher Beteiligung. Die Wahlen zum höchsten Staatsamt gewann der Kandidat der christdemokratisch-konservativen Nationalen Partei, der 45-jährige ehemalige Kongresspräsident Juan Orlando Hernández, mit 37 Prozent der Stimmen. Die zweitplatzierte Kandidatin der vor zwei Jahren gegründeten, linksgerichteten Partei Libertad y Refundación (Freiheit und Neugründung, LIBRE), Xiomara Castro, Ehefrau des im Jahr 2009 abgesetzten Staatspräsidenten Manuel Zelaya, kam auf einen Stimmenanteil von 29 Prozent.

Rund fünf Millionen honduranische Wähler waren am 24. November 2013 aufgerufen, den Staatspräsidenten und dessen drei Stellvertreter, 128 Kongressabgeordnete, 298 Bürgermeister und rund 2.100 Stadträte zu wählen. Die honduranische Gesellschaft ist durch ausgeprägte politische Präferenzen gekennzeichnet. Die beiden traditionellen Parteien, Liberale und Nationale Partei, sind über 100 Jahre alt und die Parteizugehörigkeit wird teilweise seit Generationen in den Familien vererbt. Politik weckt in der Regel Emotionen und ein gesteigertes Interesse. Angesichts der Teilnahme neuer politischer Parteien, darunter der Partei LIBRE, in einem seit vielen Jahren von den traditionsreichen Parteien Liberale und Nationale Partei dominierten System waren die Wahlergebnisse mit besonderer Spannung erwartet worden.



Annette Schwarzbauer leitet das Auslandsbüro Guatemala/Honduras der Konrad-Adenauer-Stiftung in Guatemala-Stadt.



Emotionale Debatten und mit Spannung erwartete Wahlergebnisse: Juan Orlando Hernández wurde mit 37 Prozent der Stimmen zum neuen Präsidenten gewählt. | Quelle: © KAS Guatemala/Honduras.

EINE VISION FÜR HONDURAS – BILANZ DER REGIERUNG LOBO

Als „außer Kontrolle“ bezeichnete das Wirtschaftsmagazin *The Economist* zu Anfang des Jahres 2013 die Sicherheitslage in Honduras, das im Jahr 2011 eine Rate von 91,6 Morden pro 100.000 Einwohnern aufwies (zum Vergleich: Deutschland, 2010: 0,8; Kolumbien, 2011: 31,4; Südafrika, 2010: 31,8).¹ Der verstärkte Kampf gegen Drogenkartelle in Mexiko und Kolumbien hat zu einer Zunahme der illegalen Aktivitäten in Zentralamerika geführt. Die Region ist Durchgangsbereich für Drogen aus Südamerika auf dem Weg in die USA. Folglich steht die Verbesserung der Sicherheitslage ganz oben auf der Wunschliste der honduranischen Bürger. An zweiter Stelle stehen Arbeitsplätze. Zwar betrug im Jahr 2012 das Wirtschaftswachstum des Landes 3,3 Prozent, für 2013 wird von rund drei Prozent ausgegangen, aber der Großteil der Bevölkerung profitiert nicht davon. Honduras, mit einer Armutsrate von rund 60 Prozent, ist gekennzeichnet durch extrem ungleiche Einkommensverteilung und hohe Arbeitslosigkeit.

1 | Vgl. Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung (UNODC), „UNODC Homicide Statistics“, <http://unodc.org/unodc/en/data-and-analysis/homicide.html> [22.01.2014].

Staatspräsident Porfirio „Pepe“ Lobo von der Nationalen Partei übernahm im Jahr 2010 von den Vorgängerregierungen eine hohe Staatsverschuldung und eine Ausgabenstruktur für Löhne der öffentlichen Angestellten, die im Rahmen des Staatshaushalts nicht gedeckt werden können. In den letzten Jahren nahm die Verschuldung weiter zu, im Jahr 2013 lag das Haushaltsdefizit bei acht Prozent. Präsident Lobo, angetreten am 27. Januar 2010, hatte vor allem zwei Aufgaben zu lösen: Honduras nach der Absetzung von Staatspräsident Manuel Zelaya wieder zu internationaler Anerkennung zu verhelfen und die Lösung der strukturellen Probleme des Landes anzugehen. Zelaya, Politiker der Liberalen Partei, war am 28.

Juni 2009 auf Anweisung des Obersten Gerichtshofs durch das Militär abgesetzt und außer Landes gebracht worden. Er hatte eine laut Verfassung nicht vorgesehene Volksabstimmung über die Abhaltung einer Verfassungsgebenden Versammlung anberaumt. Auf Grund der während seiner Präsidentschaft entstandenen Nähe zum venezolanischen Staatspräsidenten Hugo Chávez wurde vermutet, dass er damit neben einer „Neugründung“ des Staats wie in Venezuela, Bolivien und Ecuador auch eine verfassungswidrige zweite Amtszeit anstrebte.

Manuel Zelaya war 2009 abgesetzt und außer Landes gebracht worden. Er hatte eine Volksabstimmung über die Abhaltung einer verfassungsgebenden Versammlung anberaumt.

Unternehmen und Politik fürchteten das Modell Venezuela und unterstützten die Absetzung des unliebsam gewordenen Staatsoberhauptes. Kongresspräsident Roberto Micheletti wurde vom Parlament für eine Übergangszeit von sieben Monaten zum Staatsoberhaupt bestimmt. Da die Vorbereitung für die Wahlen im November 2009 bereits vor Zelayas Absetzung angelaufen war, sollten mit den Wahlen die negativen Auswirkungen des nicht verfassungskonformen Vorgehens gegen ein nicht verfassungskonformes Vorhaben behoben werden. Direkt nach dem Putsch – als solcher wurde das Ereignis später durch die von Präsident Lobo eingerichtete Wahrheits- und Versöhnungskommission bewertet – wurde international Kritik laut. Die Organisation Amerikanischer Staaten schloss Honduras vorerst aus, die USA verurteilten Zelayas Absetzung und die Europäische Union stellte die Verhandlungen zum Assoziierungsabkommen mit dem Land zunächst ein.

In der Regierungszeit des Übergangspräsidenten Micheletti kam es zu Protesten von Gegnern des Putsches, die sich vor allem in der Frente Nacional de Resistencia Popular (FNRP), dem Nationalen Volkswiderstand, formierten und sich gegen die Durchführung der Wahlen einsetzten. Sie forderten die Wiedereinsetzung Zelayas. Eine aktive Rolle spielte hierbei dessen Frau, Xiomara Castro. Aus der FNRP ging später die Partei LIBRE hervor. Internationale Beobachter waren bei den Wahlen im November 2009 nicht vertreten. Porfirio Lobo gewann die Präsidentschaftswahlen mit absoluter Mehrheit, seine Nationale Partei erzielte eine deutliche Mehrheit im Kongress mit 71 von 128 Sitzen.

Die Formierung einer Regierung der nationalen Einheit war ein notwendiger Schritt, um verschiedene Bereiche der honduranischen Gesellschaft zusammenzuführen.

Präsident Lobo versuchte sofort, einen Ausöhnungsprozess im Land in Gang zu setzen und das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft wiederzugewinnen. Ein erster Schritt war die Formierung einer Regierung der nationalen Einheit unter Einbeziehung von Vertretern unterschiedlicher Parteien. Dies stieß zwar bei einer Reihe von Anhängern des Präsidenten auf Kritik, da diese sich mehr Posten für die eigenen Reihen erhofft hatten, war aber ein notwendiger Schritt, um verschiedene Bereiche der honduranischen Gesellschaft zusammenzuführen und in die neue Regierung einzubinden. Weitere Schritte waren die Einrichtung des Ministeriums für Justiz und Menschenrechte und die Einsetzung der Wahrheits- und Versöhnungskommission (Comisión de la Verdad y la Reconciliación). Beide Maßnahmen wurden besonders von der Gebergemeinschaft unterstützt, die Fortschritte im Rechtsbereich als Vorbedingung für die Wiederaufnahme von finanzieller Unterstützung sehen wollte.²

Die Rehabilitation durch die internationale Staatengemeinschaft gelang im Juni 2011 endgültig mit der Wiederaufnahme in die Organisation Amerikanischer Staaten, eine Konsequenz des Abkommens von Cartagena von Mitte 2010 zwischen Präsident Lobo und Zelaya, mit dem die Rückkehr des ehemaligen Präsidenten nach Honduras, das Fallenlassen der Anklagen gegen ihn und die Anerkennung der FNRP als politische Bewegung geregelt wurden. Das

2 | Vgl. Ismael Moreno, „2012: balance político de un año agitado“, *Envío*, Nr. 36, 12/2012, 6, http://issuu.com/radioprogresoeric-sj/docs/e-book_a_o_10_n_36 [22.01.2014].

Abkommen von Cartagena, das auf Vermittlung der ideologisch völlig konträr stehenden Staatspräsidenten Juan Manuel Santos von Kolumbien und Hugo Chávez zu Stande gekommen war, bildete als „Pakt der Regierbarkeit“³ auf innenpolitischer Ebene die Grundlage für die Abhaltung der Vorwahlen in 2012 und der Wahlen im Jahr 2013.

Als erste Amtshandlung setzte der neu gewählte Staatspräsident Lobo im Januar 2010 das im Dezember des Vorjahres vom Kongress verabschiedete Gesetz zur Erarbeitung einer Perspektive für das Land und zur Annahme eines Nationalen Plans (Ley de Establecimiento de una Visión de País y la Adopción de un Plan de Nación) in Kraft. Die Gesetzesinitiative hat ihren Ursprung in einem Abkommen der Präsidentschaftskandidaten der Wahlen von November 2009, in dem sie sich verpflichteten, im Falle ihrer Präsidentschaft ihre Regierungspolitik an einer gemeinsamen langfristigen Entwicklungsplanung, der Perspektive für das Land, auszurichten. Im Plan Visión de País, der den Zeitraum von 2010 bis 2038 – also sieben Regierungsperioden – umfasst, werden vier Oberziele und 23 Unterziele festgelegt. Der Plan de Nación gibt die Linien für den Zeitraum 2010 bis 2022, drei Regierungsperioden, vor. Die Inhalte der Perspektive für das Land gehen auf verschiedene Strategien und partizipativ gestaltete Prozesse zurück, darunter die Millenniumsentwicklungsziele, die im Rahmen der Entschuldungsinitiative für hoch verschuldete Länder erarbeitete Armutsbekämpfungsstrategie und den Plan zum Wiederaufbau und zur nationalen Transformation nach der Zerstörung des Landes durch den Hurrikan Mitch im Jahr 1998. Die vier Oberziele der Perspektive für das Land beziehen sich auf folgende Bereiche: Abschaffung der extremen Armut, Bildung, Gesundheit und Sozialfürsorge; Demokratie, Sicherheit und Gewaltfreiheit; Produktivität, Chancen und Arbeitsplätze unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeit und Umweltschutz; sowie ein moderner, verantwortungsbewusster, transparenter, effizienter und wettbewerbsfähiger Staat.

Ziel des Plan de Nación ist unter anderem ein moderner, verantwortungsbewusster, transparenter, effizienter und wettbewerbsfähiger Staat.

Lobo richtete konsequenterweise sein Regierungsprogramm am Plan für die Nation und der Vision für das Land aus und bezog sich darin auf christdemokratische Prinzipien

des Centro Humanista: die Würde des Menschen mit integraler und nachhaltiger Entwicklung und der Möglichkeit, ein gutes Leben zu führen. Im Regierungsprogramm werden verbesserte Zugänge zum Erziehungs- und Gesundheitssystem genannt, die Schaffung von Arbeitsplätzen und sozialen Leistungen und Verbesserungen in den Bereichen Sicherheit und Justiz, Wirtschaftswachstum und Ausgeglichenheit der öffentlichen Finanzen.

Die Umsetzung des umfangreichen Projekts gestaltete sich schwierig. Auf dezentraler Ebene ist der langfristige Ansatz der Perspektive für das Land wenig bekannt, und auf nationaler Ebene stoßen die notwendigen Maßnahmen und Reformvorhaben in verschiedenen Politikbereichen auf Widerstand von Gruppen, die ihre Interessen gefährdet sehen. Die Tageszeitung *El Heraldo* überschrieb eine Bilanz von drei Jahren Amtszeit Lobos mit „Unvollendete Agenda“⁴ und der Regierungsbericht vom Januar 2013 stellt in seiner Einleitung fest, dass die Herausforderungen, denen sich die honduranische Gesellschaft gegenüber sehe, so groß seien, dass sie die Anstrengungen einer einzigen Regierungsperiode überstiegen. Die Ziele der langfristigen Entwicklungspläne müssten daher von der nächsten Regierung – wenn auch unter eigenen Vorzeichen – weiterverfolgt werden.⁵

Erfolge sind nach Darstellung der Regierung die Zahlung des Bono 10.000, finanzielle Sozialleistungen für Senioren und Behinderte sowie die Reduzierung der Müttersterblichkeit.

In der regierungseigenen Bilanz der Amtszeit werden Erfolge im Bereich „Armutskämpfung, Gesundheit, Erziehung, Sozialfürsorge“ hervorgehoben: Die Zahlung des

Bono 10.000, rund 500 US-Dollar im Jahr, an Mütter, die als Gegenleistung ihre Kinder in die Schule und zur Gesundheitsvorsorge schicken, erreichte im Jahr 2012 350.000 Familien und dadurch indirekt 1,75 Millionen Personen. Weitere Erfolge sind nach eigener Darstellung finanzielle Sozialleistungen für Senioren und Behinderte, Steigerung des Grundschulbesuchs auf fast 100 Prozent der Kinder, Minderung der Analphabetenrate, Reduzierung der Müttersterblichkeit sowie Verbesserungen bei der Gesundheitsversorgung und der Sozialversicherung. Im Bereich

4 | Vgl. „Agenda inconclusa marca último año de gobierno de Porfirio Lobo“, *El Heraldo*, 21.01.2013, <http://elheraldo.hn/Secciones-Principales/Al-Frente/Agenda-inconclusa-marca-ultimo-ano-de-Lobo> [22.01.2014].

5 | Vgl. „Logros del gobierno de unidad nacional“, Gobierno de Unidad Nacional, 01/2013.

„Demokratie, Sicherheit und Gewaltfreiheit“ stehen auf der Positivliste unter anderem das Große Nationale Abkommen zwischen Regierung, Privatsektor, Arbeitnehmern und Bauern zu Wirtschaftswachstum mit sozialer Gerechtigkeit, die Verabschiedung der Nationalen Politik zu Sicherheit und Justiz, die Kommission zur Überprüfung der Polizeilaufbahn, Gesetze zu Sicherheit, Maßnahmen zur Bürgersicherheit. Der Anstieg der Mordrate konnte gestoppt werden (laut Statistik des Sicherheitsministeriums Anstieg von 2009 bis 2011 auf 86,5, 2012 leichtes Absinken auf 85,5).⁶ Als Erfolg wird ferner die Einrichtung des Ministeriums für Justiz und Menschenrechte und die Verabschiedung des ersten nationalen Aktionsplans für Menschenrechte aufgeführt.

Im Bereich „Produktivität, Chancen und Arbeitsplätze“ sieht die Regierung Erfolge bei den Wachstumsraten, durchschnittlich 3,6 Prozent in den Jahren 2010 bis 2012 nach einer Rate von -2,4 Prozent im Jahr 2009, in den gestiegenen Exporten, einer Reduzierung der Inflationsrate auf 5,4 Prozent, in der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen und einem Anstieg bei der Vergabe von Landtiteln an Bauern. Der gesetzliche Mindestlohn sei von 2009 bis 2012 um 29 Prozent gestiegen. Zum Stichwort „moderner Staat“ nennt der Bericht als positive Leistungen unter anderem die Verabschiedung der Perspektive für das Land und des Plans der Nation, die Wiederaufnahme in die Organisation Amerikanischer Staaten, die Verabschiedung von Entwicklungsplänen in sieben Regionen, die Stärkung der Bürgerbeteiligung, mehr Transparenz des öffentlichen Haushalts und eine leichte Verbesserung in der Rangliste „Doing Business“ der Weltbank von Platz 129 auf Platz 125.

In der Tat sind der Regierung Lobo nach der Staatskrise im Zusammenhang mit der Absetzung von Präsident Zelaya wichtige Schritte gelungen. Lobo übernahm ein Land in einer äußerst schwierigen wirtschaftlichen Situation, mit einer gespaltenen Gesellschaft und ohne internationale Unterstützung. Inzwischen wird Honduras wieder akzeptiert, eine langfristige Entwicklungsperspektive als Leitfaden ist vorhanden. Die Umsetzung von

Lobo übernahm ein Land in einer äußerst schwierigen wirtschaftlichen Situation und ohne internationale Unterstützung. Inzwischen wird Honduras wieder akzeptiert.

6 | Zahlen weichen von der eingangs zitierten Statistik der VN ab, mögen aber eine Tendenz verdeutlichen.

Reformen, die von der Wahrheits- und Versöhnungskommission empfohlen wurden, wurde angegangen und wird von einer eigens eingerichteten Abteilung im Justiz- und Menschenrechtsministerium, der Unidad de Seguimiento

Präsident Lobo selbst hebt vor allem die Zusammenführung der honduranischen Gesellschaft nach der Krise von 2009 als Erfolg hervor.

a las Recomendaciones de la Comisión de la Verdad y Reconciliación, geprüft und unterstützt. Im sozialen Bereich ist vor allem der Bono 10.000 im öffentlichen Bewusstsein verankert und wird positiv vermerkt, teilweise allerdings auch als Assistenzialismus kritisiert. Präsident Lobo selbst sieht am Ende seiner Amtszeit seine Regierung als „Brücke“ und hebt vor allem die Zusammenführung der honduranischen Gesellschaft nach der Krise von 2009 als Erfolg hervor.

ÄNDERUNG DER PARTEIENLANDSCHAFT UND VORWAHLEN

In Folge der Absetzung des liberalen Staatspräsidenten „Mel“ Zelaya im Jahr 2009 änderte sich die traditionelle Zwei-Parteien-Landschaft in Honduras, die bis dahin von der Nationalen und Liberalen Partei geprägt wurde. Obwohl nach außen das Kapitel der Absetzung von Präsident Zelaya abgeschlossen ist, gibt es weiterhin Risse innerhalb der Gesellschaft zwischen Befürwortern und Gegnern des Putsches und unterschiedliche Meinungen zum Umgang mit den Folgen dieses Ereignisses. Diese Spaltung spiegelt sich auch in der Entwicklung des Parteienspektrums wider.

Zelaya gründete im Jahr 2011 die Partei LIBRE. Seine Frau Xiomara Castro de Zelaya trat als deren Präsidentschaftskandidatin an, da die honduranische Verfassung eine erneute Kandidatur eines ehemaligen Staatsoberhauptes ausschließt. Neu hinzugekommen sind ferner die Partido Anticorrupción (Antikorruptionspartei, PAC) unter Leitung von Salvador Nasralla, einem bekannten TV-Sportkommentator, so die Alianza Patriótica Hondureña (Patriotische Allianz von Honduras) mit dem Vorsitzenden und Präsidentschaftskandidaten Romeo Vásquez Velásquez, einem ehemaligen General, der Zelaya im Jahr 2009 außer Landes brachte, und Frente Amplio Político Electoral en Resistencia (Breite Politische Wahlfront im Widerstand, FAPER).

Besonders sichtbar war von Beginn an die Partei LIBRE, von der vermutet wird, dass sie finanzielle Unterstützung durch die venezolanische Regierung erhalten hat. LIBRE setzt sich aus unterschiedlichen Kräften zusammen: Sie geht einerseits aus der Protestbewegung FNRP hervor, andererseits vereint sie volksnahe und gewerkschaftliche Kräfte mit ehemaligen Mitgliedern der Liberalen Partei und Anhängern von Zelaya, die ihn bereits während seiner Präsidentschaft begleitet haben. LIBRE stellt damit keine homogene Bewegung dar, sondern vereint Akteure mit unterschiedlichen Interessen, die sich unter Führung von Manuel Zelaya zusammengeschlossen haben. In der Präambel der Grundsatzklärung von LIBRE wird die Entstehung der Partei in Bezug zu Zelayas Absetzung und dem sich anschließenden Widerstand gesetzt. Zelaya selbst übernahm die Rolle des Koordinators und ist das Gesicht der Partei.

Beherrschendes Ereignis des Jahres 2012 waren die Vorwahlen am 18. November und die damit verbundenen Vorbereitungen. Pro teilnehmender Partei wurde im Hinblick auf die Wahlen im November des folgenden Jahres abgestimmt über den Präsidentschaftskandidaten, die Kandidaten für die Abgeordnetenmandate des Kongresses und des Zentralamerikanischen Parlaments und Bewerber für die Bürgermeisterämter und Stadträte in 298 Kommunen. Wahlberechtigt waren alle im Wahlregister verzeichneten Bürger. Drei Parteien hatten sich zur Teilnahme an den Vorwahlen registriert, die anderen Parteien hatten gemeldet, dass keine internen Bewegungen und somit keine konkurrierenden Listen vorhanden seien. Der interne Wahlkampf der Nationalen Partei, der Liberalen Partei und der neu gegründeten Partei LIBRE beherrschte für Monate die politische Landschaft und wurde teilweise sehr heftig und mit beträchtlichem finanziellem Engagement geführt. Die Vorwahlen bedeuteten eine enorme logistische und finanzielle Herausforderung für das honduranische Wahlgericht und lagen in dieser Form an der Grenze der Durchführbarkeit.

Die Vorwahlen bedeuteten eine enorme logistische und finanzielle Herausforderung für das honduranische Wahlgericht und lagen in dieser Form an der Grenze der Durchführbarkeit.

Innerhalb der Nationalen Partei waren die aussichtsreichsten Kandidaturen für das Präsidentenamt die von Juan Orlando Hernández, Kongresspräsident und Wunschkandidat von Staatspräsident Lobo, und die von Ricardo Álvarez,

Parteivorsitzender und Bürgermeister von Tegucigalpa. Das Misstrauen zwischen den einzelnen Flügeln war sehr groß, bereits während des Wahlkampfes wurden Anschuldigungen im Hinblick auf Wahlfälschungen geäußert. Da der Nationalen Partei Chancen auf den Gewinn der nächsten Präsidentschaftswahlen eingeräumt wurden, waren die Vorwahlen umso härter umkämpft. Bei der Liberalen Partei sollte sich die Präsidentschaftskandidatur zwischen Mauricio Villeda, Befürworter der Absetzung Zelayas, und Yani Rosenthal, Gegner der Absetzung, entscheiden. LIBRE präsentierte nur eine Kandidatin für das Präsidentenamt, Xiomara Castro, was durch das Wahlgericht als „Einheitskandidatur“ zugelassen wurde. Die Kandidatur von Zelayas Ehefrau war parteiintern abgesprochen worden. Einerseits wurde damit das Signal gegeben, dass weitergeführt werden sollte, was Zelaya begonnen hatte; andererseits wollte LIBRE Stärke zeigen und alle Stimmen der Vorwahlen für das Präsidentenamt auf eine Person vereinigen – die Wahl wäre eigentlich nicht nötig gewesen.

Trotz Schwierigkeiten mit der Übertragung der Wahlergebnisse per Mobiltelefon erklärte sich Hernández bereits am Abend des Wahltags zum Sieger. Álvarez tat trotz eines Rückstands von einigen Prozent dasselbe.

Innerhalb der Nationalen Partei hat sich Juan Orlando Hernández mit einigen Prozentpunkten Vorsprung gegenüber Ricardo Álvarez durchsetzen können. Trotz Schwierigkeiten mit der Übertragung der Wahlergebnisse per

Mobiltelefon erklärte sich Hernández bereits am Abend des Wahltags zum Sieger. Álvarez tat trotz eines Rückstands von einigen Prozent dasselbe. In den Folgetagen forderte er das Wahlgericht zu einer vollständigen Nachzählung aller Wahlzettel auf, da es zu Fälschungen gekommen sei. Das Wahlgericht kam der Aufforderung nicht nach, sondern überprüfte lediglich die Wahlakten, bei denen Unstimmigkeiten vorlagen. Álvarez ging daraufhin einen Schritt weiter und reichte Klage beim Obersten Gerichtshof ein, diese wurde jedoch abgewiesen.

Bei der Liberalen Partei gewann Mauricio Villeda, Befürworter der Absetzung Zelayas, die Präsidentschaftskandidatur. Sein stärkster Konkurrent Yani Rosenthal erhielt deutlich weniger Stimmen. Damit wurde wahrscheinlicher, dass weitere Anhänger der Liberalen Partei zur neuen Konkurrenz LIBRE abwandern würden. Bei LIBRE gewann erwartungsgemäß Xiomara Castro als Einheitskandidatin der verschiedenen internen Bewegungen.

Die Wahlbeteiligung war mit rund 2.460.000 Wählern sehr hoch, übertraf sogar die Beteiligung an den Wahlen von 2009 (ca. 2,3 Millionen Wähler). Neben den parteiinternen Aspekten war die Anzahl der abgegebenen Stimmen pro Partei von Bedeutung, da hierin ein Hinweis auf die Chancen der Parteien bei den Wahlen im November 2013 gesehen wurde. Die Nationale Partei lag hier mit rund 1.140.000 Stimmen deutlich vorn, die Liberale Partei an zweiter Stelle und LIBRE erzielte ein beachtliches Ergebnis von fast 600.000 Stimmen. Damit verfehlte die neue Partei zwar das selbst gesteckte Ziel von einer Million Stimmen, etablierte sich jedoch als dritte Kraft in der politischen Landschaft.



Warteschlange vor einem Wahllokal in Tegucigalpa: Die Wahlbeteiligung übertraf die Beteiligung an den Wahlen von 2009. | Quelle: © KAS Guatemala/Honduras.

WAHLTAG – GUT BEWACHTE VOLKSFESTSTIMMUNG

Neun Parteien hatten Kandidaten für die Präsidentschafts-, Kongress- und Kommunalwahlen aufgestellt, ein deutlicher Zuwachs im Vergleich zu den fünf Parteien bei vorangegangenen Wahlen. Die Parteienvielfalt stellte einerseits eine Herausforderung für die Wähler dar, die im Fall der Kongressabgeordneten je nach Department bis zu 23 Stimmen auf Kandidaten der neun Listen zu verteilen hatten.⁷ Andererseits war die Parteienvielfalt eine Herausforderung in Bezug auf die Wahlorganisation, da die Betreuung der

7 | Im Department Francisco Morazán kam zusätzlich die Kandidatur eines Unabhängigen hinzu.

Wahlische in der Hand der Parteien liegt. Diese stellen jeweils einen Vertreter und einen Stellvertreter, also 18 Wahlhelfer pro Tisch. In der allgemeinen Wahrnehmung wurde dabei positiv gesehen, dass bei einer größeren Anzahl vertretenen Parteien Manipulationen an den Wahlischen nicht mehr möglich seien. In der Vergangenheit war es nach Aussagen von Beobachtern zu „Absprachen“ von Wahlhelfern und damit Manipulationen gekommen, die bei einer größeren Parteilvielfalt nicht mehr durchsetzbar seien.

In den Wahllokalen kam es vor allem vormittags zu einem starken Zustrom an Wählern. Das Aufgebot an Sicherheitskräften, Militär und Polizei war groß und trug augenscheinlich dazu bei, dass die Wähler sich zahlreich auf den Weg in die Wahllokale machten. Die Wahlen verliefen friedlich, zu den befürchteten Auseinandersetzungen kam es nicht. In Tegucigalpa herrschte vor den Wahllokalen teilweise Volksfeststimmung mit Esständen, Informationspavillons der Parteien, Musik und Fahrzeugen mit Fahnen. Die Präsenz von Bürgern auf den Straßen sei angesichts der dauernden Unsicherheit im Land außergewöhnlich hoch gewesen, so eine Mitarbeiterin des Wahlgerichts.



Wahlhelfer im Stadtteil Cerro Grande: Vertreter der Parteien betreuen die Wahlische. | Quelle: © KAS Guatemala/Honduras.

Die Wahlbeteiligung lag bei rund 60 Prozent, ein für Honduras guter Prozentsatz und eine Steigerung im Vergleich zu vorangegangenen Raten, die bei rund 50 Prozent gelegen hatten. Erfreulich hoch war allem Anschein nach die Beteiligung junger Leute. Auch der Anteil an jungen Wahlhelfern war überproportional hoch.

ERGEBNISSE: JUAN ORLANDO HERNÁNDEZ GEWINNT PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN

Ziel des Wahlgerichts war es, am Abend des Wahltags auf verlässlicher Basis erste vorläufige Ergebnisse zur Präsidentschaftswahl zu verkünden. Nach den Pannen mit der Übertragung von Ergebnissen per Mobiltelefon bei den Vorwahlen hatte sich das Wahlgericht nun für die Übertragung per Scanner entschieden. Von besonderem Interesse auf Grund des Gewichts des Amtes war das Ergebnis der Präsidentschaftswahl, so dass das Wahlgericht nach anfangs schleppendem Eingang der Ergebnisse die Wahlhelfer dazu aufrief, nicht die besonders langwierige Auszählung der Ergebnisse der Kongress- und Kommunalwahlen abzuwarten, sondern zunächst die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen abzuschicken.

Um 19 Uhr, zwei Stunden nach der Schließung der Wahllokale, verkündete das Wahlgericht nach Übertragung der Resultate von 24 Prozent der Wahltsche erste Ergebnisse. Dabei lag Juan Orlando Hernández mit rund sieben Prozent Vorsprung vor Xiomara Castro. Castro hatte sich bereits am frühen Abend auf der Grundlage eigener Wählerbefragungen zur Siegerin erklärt, um Fakten zu schaffen. Hernández wartete die erste Bekanntgabe des Wahlgerichts zu den Ergebnissen von über 20 Prozent der Wahltsche ab und erklärte sich dann angesichts des verkündeten Vorsprungs zum Sieger der Präsidentschaftswahlen. Noch am Abend des Wahltags gratulierten die dem konservativen Lager zuzurechnenden Staatschefs von Kolumbien, Panama und Guatemala dem Kandidaten der Nationalen Partei, Juan Orlando Hernández, zum Gewinn der Präsidentschaft, am Folgetag trafen Glückwünsche aus Spanien, den USA und – von besonderer Bedeutung – vom linksgerichteten nicaraguanischen Staatspräsidenten Ortega ein.

Tabelle 1
Ergebnisse Präsidentschaftswahlen

Partei	Kandidat	Stimmen	Anteil der Stimmen in Prozent	Stimmen Präsidentschaftskandidat in 2009	Anteil 2009 in Prozent	Veränderung zu letzten Wahlen
Partido Nacional de Honduras	Juan Orlando Hernández	1.149.302	36,89	1.213.695	56,6	-19,71
Partido Libertad y Refundación	Xiomara Castro	896.498	28,78	—	—	—
Partido Liberal de Honduras	Mauricio Villeda	632.320	20,30	817.524	38,1	-17,80
Partido Anticorrupción	Salvador Nasralla	418.443	13,43	—	—	—
Partido Alianza Patriótica	Romeo Vásquez Velásquez	6.105	0,20	—	—	—
Partido Demócrata Cristiano	Orle Solís	5.194	0,17	38.413	1,8	-0,63
Partido Innovación y Unidad SD	Jorge Aguilar	4.468	0,14	39.960	1,9	-1,76
Alianza UD-FAPER	Andrés Pavón	3.118	0,10	36.420	1,7	-1,6
Gültige Stimmen		3.115.448	95,12	2.146.012	93,30	
Ungültig		108.171	3,3	92.604	4,03	
Ohne Markierung		51.727	1,58	61.440	2,67	
Stimmen gesamt		3.275.346	100	2.300.056	100	
Wahlbeteiligung			61		49,9	
Registrierte Wähler		5.355.112		4.611.211		

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Informationen des Wahlgerichts, <http://www.tse.hn> [22.01.2014].

Tabelle 2

Ergebnisse Kongresswahlen

Partei	Sitze	Sitze in 2009	Veränderung
Partido Nacional de Honduras	48	71	-23
Partido Libertad y Refundación	37	—	—
Partido Liberal de Honduras	27	45	-18
Partido Anticorrupción	13	—	—
Partido Demócrata Cristiano	1	5	-4
Partido Innovación y Unidad SD	1	3	-2
Partido Unificación Democrática	1	4	-3
Sitze gesamt	128	128	

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Informationen des Wahlgerichts, <http://www.tse.hn> [22.01.2014]; *El Heraldo*, 14.12.2013, <http://elheraldo.hn> [22.01.2014].

Von 298 Bürgermeisterämtern gewann die Nationale Partei 183, darunter das der Hauptstadt Tegucigalpa. Die Liberale Partei gewann 83 Ämter, LIBRE wird den Bürgermeister in 31 Kommunen stellen und die Christdemokratische Partei in einer. Die Nationale Partei erzielte mit dem Gewinn der Präsidentschaftswahl einen besonderen Erfolg: Zum ersten Mal seit Einführung der demokratischen Verfassung im Jahr 1982 stellten sie in einer zweiten Regierungsperiode den Präsidenten. Dies hatte bisher nur die Liberale Partei geschafft. Dieser Erfolg gelang der Nationalen Partei ausgerechnet im Anschluss an eine schwierige Amtszeit nach der Staatskrise von 2009. Juan Orlando Hernández selbst stellte die Wahl als Richtungsentscheidung für die Honduraner dar: entweder Sozialismus des 21. Jahrhundert nach venezolanischem Vorbild oder Soziale Marktwirtschaft mit Investitionschancen und Solidarität. Ein Großteil der Wähler entschied sich für die Konzepte von Hernández, der soziale Inklusion, mehr Sicherheit und die Schaffung von Arbeitsplätzen versprach. Allerdings fällt der Sieg mit 37 Prozent deutlich knapper aus als die absolute Mehrheit von Präsident Lobo im Jahr 2009.

verlor. Ferner verloren erwartungsgemäß die traditionellen kleinen Parteien, darunter auch die Christdemokratische Partei, die von der Konkurrenz der neu gegründeten Parteien am stärksten betroffen waren.

Die Zusammensetzung des Kongresses spiegelt die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen trotz Möglichkeit des Panaschierens im Großen und Ganzen wider. Die Nationale Partei stellt zwar mit 48 Abgeordneten die größte Fraktion, hat aber ihre absolute Mehrheit verloren. Die zweit- und drittgrößte Fraktion stellen LIBRE und die Liberale Partei. Mit PAC und LIBRE werden neue Parteien in das Parlament einziehen, und das Aushandeln von Allianzen für einzelne Gesetzesvorhaben wird nötig werden. Rein rechnerisch kommen Nationale und Liberale Partei gemeinsam auf eine absolute Mehrheit. Diese Allianz wird auch als die wahrscheinlichste angesehen. LIBRE kündigte bereits an, eine konstruktive Opposition stellen zu wollen.

Die Ergebnisse der Wahlen zeigen, dass die Mehrheit der honduranischen Wähler weiterhin eher konservativ eingestellt ist. Die Stimmen für die Nationale und Liberale Partei machen insgesamt rund 55 Prozent aus, hinzu kommt ein Stimmenanteil von ca. 15 Prozent für die Antikorruptionspartei, die ebenfalls nicht als links bezeichnet werden kann.

GEORDNETE UND TRANSPARENTE WAHLEN

Die Leiterin der EU-Wahlbeobachtungsmission, Ulrike Lunacek, österreichische EU-Parlamentarierin der Grünen, verkündete am Wahlabend, dass der Wahlprozess transparent gewesen sei. Das Bündnis von Kirchen und zivilgesellschaftlichen Organisationen Hagamos Democracia (etwa: Lasst uns Demokratie verwirklichen), das mit nationalen Beobachtern vertreten war und eine parallele Übertragung der Ergebnisse durchführte, kam am 25. November zum Schluss, dass die Wahlen mit großer Beteiligung, friedlich und geordnet verlaufen seien. Die Wahlen waren die bestbeobachteten in der Geschichte von Honduras mit rund 800 internationalen und 15.000 nationalen Wahlbeobachtern, darunter Beobachtungsmissionen von EU, der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und des Carter Center sowie internationale Begleiter der Parteienorganisationen Organización Demócrata Cristiana de América

Die Auszählung der Stimmen erfolgte zum ersten Mal öffentlich, und selbst spät am Abend hielten sich noch Bürger in den Wahllokalen auf, um den Prozess zu verfolgen.

(ODCA) und Foro de São Paulo, einem Zusammenschluss linker Parteien. Bei den Wahlen im Jahr 2009 waren wegen der fehlenden internationalen Anerkennung keine ausländischen Beobachter anwesend. Einzelne Wähler dankten den internationalen Beobachtern für ihre Anwesenheit. Die Auszählung der Stimmen erfolgte zum ersten Mal öffentlich, und selbst spät am Abend hielten sich noch Bürger in den Wahllokalen auf, um den Prozess zu verfolgen. Hervorzuheben ist der in der Regel reibungslose Ablauf in der Zusammenarbeit der Wahlhelfer trotz ihrer unterschiedlichen Parteizugehörigkeit.

Die vorläufige Erklärung der EU-Wahlbeobachtungsmission vom 26. November, also zwei Tage nach der Wahl, steht unter der Überschrift „Transparente Wahl und Auszählung nach einer undurchsichtigen und ungleichen Wahlkampagne“. Die Durchführung und Organisation der Wahlen durch das Wahlgericht und die damit erreichte Transparenz werden positiv beurteilt. Kritikpunkte werden vor allem im Zusammenhang mit dem Wahlkampf laut: zu langer und zu kostspieliger Wahlkampf, Nutzung öffentlicher Mittel, undurchsichtige Wahlkampagne. Hinter dem letzten Begriff steht die Frage der unklaren Parteienfinanzierung, eine Angelegenheit, die seit geraumer Zeit kritisiert wird, in den Ländern der Region ebenfalls. Selbst wenn Regeln zur Offenlegung der Finanzierung bestehen, werden diese häufig nicht eingehalten und die Wahlgerichte sind zu schwach, um sie durchzusetzen. Die Frage der Parteienfinanzierung bleibt weiterhin auf der Reformagenda.

Die EU-Beobachtungsmission kritisiert ferner die fehlende Zuverlässigkeit des Wählerregisters, erkennt aber auch Fortschritte an. Das Nationale Personenregister hat im laufenden Jahr seine Verfahren verbessert. Ein entscheidender Schritt ist die Änderung des bisher üblichen Vorgehens, nach dem die Parteien die Personalausweise an die Bürger weitergaben. Dabei war es in der Vergangenheit zu Manipulationen gekommen. Inzwischen kann das Personenregister als „entpolitisiert“ gelten. Nach Aussagen internationaler Beobachter gab es bei rund 20 Prozent der Wahlakten Fehler, diese lagen vor allem in der falschen Summierung der Gesamtstimmen pro Wahlurne oder in der Unvollständigkeit der Unterschriften der Wahlhelfer. Die

Wahlergebnisse seien deswegen aber nicht anzuzweifeln. Tatsächlich bedeuten die Wahlen, bei aller auch berechtigten Kritik, im honduranischen Kontext einen qualitativen Sprung und sie sind deutlich besser verlaufen, als viele erwartet haben.

Als Ex-Präsident Zelaya am Tag nach den Wahlen junge Anhänger zu Protesten aufrief, folgten ihm glücklicherweise nur wenige. Der Aufruf war insofern erstaunlich, als Zelaya kurz vor den Wahlen noch erklärt hatte, das Ergebnis anerkennen zu wollen. In den folgenden Tagen bestand die Strategie vor allem in einer Anfechtung der Wahlergebnisse über die Presse. LIBRE legte anschließend beim Wahlgericht Widerspruch gegen die Wahlergebnisse ein und beantragte die Überprüfung von rund 22 Prozent der Wahlakten, die fehlerhaft seien. Laut Zelaya hatte LIBRE die Präsidentschaftswahlen mit über 37 Prozent der Stimmen gewonnen. Das Wahlgericht wies die Beschwerde wegen mangelnder Beweise ab. Eine Verfassungsklage beim Obersten Gerichtshof wurde ebenfalls abgewiesen. Manuel Zelaya verkündete daher am 24. Dezember, dass LIBRE sich entschieden habe, den „fragwürdigen Wahlsieg“ von Juan Orlando Hernández anzuerkennen. Im neuen Parlament wird der ehemalige Präsident als Abgeordneter vertreten sein.

Manuel Zelaya verkündete am 24. Dezember, dass LIBRE sich entschieden habe, den „fragwürdigen Wahlsieg“ von Juan Orlando Hernández anzuerkennen.

„ARBEITEN, ARBEITEN, ARBEITEN“

Wahlsieger Juan Orlando Hernández steht vor großen Herausforderungen. Seine Hauptthemen im Wahlkampf waren Arbeitsplätze, Armutsbekämpfung und Sicherheit. Sein Plan de todos para una vida mejor (Plan aller für ein besseres Leben) greift in zehn Punkten Maßnahmen in diesen Bereichen auf. Hernández will Arbeitsplätze im Agrarsektor schaffen und kleine und mittlere Unternehmen fördern. Des Weiteren sieht sein Plan die Einrichtung der seit Längerem geplanten, aber zunächst gestoppten Sonderentwicklungszone vor sowie die Ausweitung des Transferprogramms Bono 10.000 auf 800.000 Familien und die Bekämpfung der Korruption. Des Weiteren will Hernández die Polizeireform fortführen, gleichzeitig setzte er auf die Militärpolizei.

Hernández lädt dazu ein, seine Regierung an Ergebnissen zu messen. Er selbst sieht seine kommende Regierung als einen Neuanfang nach der Zeit des Übergangs unter Präsident Lobo. Themen der Vorgängerregierung und Arbeitslinien der Perspektive für Honduras – Armutsbekämpfung, Sicherheit, Arbeitsplätze und effizienter Staat – stehen weiterhin im Sinne einer langfristigen Politikgestaltung auf dem Programm, der Neuanfang muss sich daher auf strukturelle und personelle Veränderungen beziehen. Ab sofort heißt es laut Hernández im Hinblick auf die Regierung, die am 27. Januar antreten wird, „arbeiten, arbeiten, arbeiten“. So gönnten sich der zukünftige Präsident und sein Team keine Pause, sondern begannen sofort mit der Vorbereitung der Regierungsübernahme. Gemeinsam mit Präsident Lobo wurde vereinbart, Übergangsteams der zukünftigen Regierung in die Ministerien zu entsenden, um Bestandsaufnahmen vorzunehmen und die neue Regierung vorzubereiten. Angesichts eines Haushaltsdefizits von acht Prozent wurde eine Politik der Austerität angekündigt, die unter anderem die Reduzierung von Ministerien und Eingliederung von Ämtern in bestehende Strukturen vorsieht. Verschiedene, auch unpopuläre Maßnahmen im Hinblick auf die neue Regierung wurden noch unter Präsident Lobo bzw. durch den Kongress mit den für die Nationale Partei noch günstigen Mehrheitsverhältnissen verabschiedet, um den Weg zu ebnen. Kurz vor Weihnachten beschloss der Kongress eine Steuerreform, die Steuererhöhungen beinhaltet und den Steuereinzug verbessern soll. Ferner wurden zahlreiche Mehrwertsteuerbefreiungen, die in der Vergangenheit großzügig an Organisationen und Unternehmen vergeben worden waren, zurückgenommen. Präsident Lobo entließ – in Absprache mit Hernández – den Polizeichef Juan Carlos Bonilla, dem Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden, und setzte die Leitung des Militärs ab.

Der zukünftige Staatspräsident zeigt mit den Maßnahmen, dass er es ernst meint mit einem Neuanfang. Der Nationalen Partei ist bewusst, dass Erfolge bei der Lösung der drängenden Fragen in den Bereichen Arbeit, Soziales und Sicherheit nötig sind. Denn sonst könnten die Wähler sich bei den nächsten Wahlen doch für die „Neugründung des Staates“ entscheiden.

Das Manuskript wurde am 31. Dezember 2013 abgeschlossen.